

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 34, Unter den Eichen 22, 1/2
Verantwortl. Red.: Max Schillinghans 1000, 1070 und 1202. - Die Zeitung
ersch. am 1. und 3. Sonntag
Telegraphen-Adresse: Textilarbeiter Berlin

Beizugelt sich nicht - Beizugt alles!

Verlag und Druckerei: Kurt an Otto Rehm, Berlin D 34,
Wilmersdorfer Straße 27 (Postfach 5280), zu richten. - Geschäftsstelle
nur durch die Post, Berlin-Verlag 6 27.
Kaufpreis: 4 Mark für die dreimonatliche Zeit

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Lohnstreit in den Färbereien und chem. Waschanstalten Groß-Berlins

Die Arbeitnehmer hatten die seit 7. März 1927 gültigen Lohnbestimmungen gekündigt und neue Forderungen eingereicht. Die Arbeitgeber riefen den Schlichtungsausschuss an. Sie lehnten es auch vor dem Schlichtungsausschuss ab, irgendeinen Vorschlag zu machen und drängten auf die Fällung eines Schiedspruchs.

Mit der Stimme des Vorsitzenden kam folgender Schiedspruch zustande:

| Ab laufender Lohnwoche betragen die Abz.: (Gehhöhung) | | | |
|---|--------------------|-------|--|
| 1. Musterfärber | 101 Pf. pro Stunde | 6 Pf. | |
| 2. Färber, Wäscher, Detacheure, Däcker, Schneider | 88 | 6 | |
| 3. Berufsfremde Handwerker, Maschinisten, Feizer | 101 | 6 | |
| 4. Hilfsarbeiter im Kesselhaus und Werkstat (über 20 Jahre) | 88 | 6 | |
| 5. Wäscherinnen, Detacheuren, erste Schneiderinnen, Kunststropferinnen, Seiden- und Ampferinnen | 88 | 4 | |
| 6. Ungelernte Arbeiter, männlich | | | |
| über 20 Jahre | 70 | 8 | |
| 18-20 | 52 | 4 | |
| 16-18 | 38 | 3 | |
| 14-16 | 30 | 2 | |
| ungelernte Arbeiterinnen | | | |
| über 20 Jahre | 52 | 5 | |
| 18-20 | 44 | 3 | |
| 16-18 | 36 | 3 | |
| 14-16 | 30 | 2 | |

Laufdauer bis 31. Januar 1929. Wenn das Abkommen zu diesem Zeitpunkt nicht gekündigt wird, verlängert es sich um drei Monate. Im übrigen monatliche Kündigung. Erklärungsfrist 6. Februar 1928.

Die Stellungnahme der Arbeitnehmer zu diesem Schiedspruch dürfte voraussichtlich für Ablehnung sein.

längerer ergebnisloser Verhandlung einigten sich vorläufig die Parteien auf Vorschlag des Schlichtungsausschusses vorläufig, daß die bisherigen Arbeitszeitbestimmungen verlängert werden bis 31. März 1928. Inzwischen haben die Parteien über die Gruppeneinteilung, den Manteltarifvertrag und das Arbeitszeitabkommen strittig zu verhandeln. Kommt bis 10. März 1928 eine Einigung nicht zustande oder wird bis zu diesem Zeitpunkt über diese Streitfragen nicht verhandelt, wird der Schlichtungsausschuss sofort einen neuen Termin ansetzen und einen Spruch fällen.

Am 2. Februar werden die Parteien bereits über den Manteltarifvertrag strittig verhandeln.

Neuer Lohnstarif in der Berliner Posamentenindustrie.

Mit der Berliner Posamentier- und Seidentknochenmacher-Lohnung wurde in freier Vereinbarung ein neues Lohnabkommen getroffen. Dasselbe sieht vor für Posamentierergesellen 1,10 Mk. Stundenlohn, für gelernte Posamentierergesellen über 18 Jahre 66 Pf., für qualifizierte Arbeiterinnen über 20 Jahre 56 Pf. und für ungelernete Arbeiterinnen über 20 Jahre 51 Pf. Dies ist eine Lohnerhöhung von 10 bis 12 Prozent. Vereinhart wurde ferner, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen ohne Rücksicht auf etwaige Ueberverdienste die sich durch die Lohnerhöhung ergebenden Pfennigbeträge auf ihren Lohn erhalten. Das Abkommen gilt vom 3. Februar 1928 bis 3. Januar 1929.

Eine Versammlung der in Betracht kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen hat der Verhandlungskommission und der Verbandsleitung den Dank und Anerkennung ausgesprochen für die Durchführung dieser Lohnbewegung. Außer den Gewerkschafter- und Fortschrittler-Leuten gibt es in Berlin auch noch Bernunftmenschen.

Zum Kapitel 'Einstweilige Verfügung'

Der thüringische Landtagsausschuss für Gesetzgebung und Verwaltung befaßte sich dieser Tage mit der anlässlich des vorjährigen Streites in der Wernshäuser Kammgarnspinnerei (M. W. u. R.-Betrieb) vom Landgericht Meiningen erlassenen 'Einstweiligen Verfügung'.

Von Vertretern der Sozialdemokratischen Partei wurde ein derartiges Eingreifen der Gerichte in die Wirtschaftskämpfe der Arbeitererschaft zugunsten der Unternehmer einer scharfen Kritik unterzogen und von der Regierung verlangt, im Interesse der Unparteilichkeit und des Ansehens der Rechtspflege, derartiges in Zukunft zu unterbinden.

Wer aber glaubte, bei den 'Hütern des Rechts und der Moral' Verständnis dafür zu finden, hatte sich arg getäuscht. Die Vertreter der Regierung und der bürgerlichen Parteien fanden derartiges Vorgehen der Gerichte gegen die um ihre Existenz kämpfende Arbeitererschaft ganz in Ordnung (deshalb ja auch der Name 'Ordnungsblock'-Regierung).

Die Arbeitererschaft erhebt daraus, daß es die Vertreter der kapitalistischen Parteien sehr gut verstehen, die 'Rechtspflege' wie auch den ganzen Staatsapparat für 'ihre Belange' dienstbar zu machen, wenn sie die Gelegenheit dazu hat. Die Rechnung dafür wird aber nicht ausbleiben. Die Arbeitererschaft hat dafür zu sorgen, daß dieser 'Rechts'-regierung bei den nächsten Wahlen für ihr Verhalten der Denzettel verabreicht wird.

Aufruf zu den Neuwahlen der Betriebsvertretungen im Jahre 1928.

Die Wahlzeit der Mehrzahl der Betriebsvertretungen läuft infolge der alljährlich von den Gewerkschaften zu dieser Zeit durchgeführten Neuwahlen wiederum in den Monaten März-April 1928 ab.

Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen für das Jahr 1928 sind daher von den Ortsausschüssen des DGB und den Ortsstellen des IFA-Bundes in den Monaten Februar-März 1928 gemeinsam durchzuführen. Es ist zu diesem Zweck ein Termin zu bestimmen, an welchem alle Betriebsvertretungen die Bestellung eines Wahlvorstandes vornehmen und diejenigen Belegschaften, die gegenwärtig eine Betriebsvertretung nicht besitzen, ihren Arbeitgeber zur Bestellung eines Wahlvorstandes auffordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften.

Diesigen Betriebsvertretungen, die erst nach dem 1. Oktober 1927 gewählt worden sind, brauchen jetzt eine Neuwahl noch nicht durchzuführen, ebenso handeln die Betriebsvertretungen sämtlicher Behörden, sowie diejenigen im Bergbau, im Baugewerbe und in der Land- und Forstwirtschaft nur nach den unmittelbaren Anweisungen ihrer zuständigen Gewerkschaften. Alle übrigen Betriebsvertretungen sollen im Interesse der Einheitlichkeit die Neuwahlen zu dem dafür bestimmten Termin vornehmen.

Maßgebend für die Durchführung der Wahlen sowohl für die Arbeiter als auch für die Angestellten sind die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Leipzig 1922 (Protokoll S. 419/420) und die Richtlinien des IFA-Bundes vom 3. Juli 1924. Hiernach ist genau zu verfahren. Insbesondere ist unter allen Umständen zu unterlassen, in verschleierte oder offener Form politische Listen aufzustellen. Außerdem dürfen in keinem Falle in die Listen der freien Gewerkschaften Kandidaten aufgenommen werden, die unorganisiert sind. Wo hiergegen verstoßen wird, können die Gewerkschaften derartige Wahlen auf Grund der Kongressbeschlüsse nicht anerkennen.

Die für die Durchführung der Neuwahlen notwendigen Formulare hat sich der Wahlvorstand im Betriebe auf Kosten des Arbeitgebers herstellen zu lassen. Ein Merkblatt für die Durchführung der Wahlen und Muster für die notwendigen Formulare können durch die Ortsausschüsse und die Ortsstelle von der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S. 14, bezogen werden.

Auch das Jahr 1927 hat im Zeichen schwerer wirtschaftlicher Kämpfe gestanden. Die Arbeitgeber glaubten durch die Gründung von Wertvereinen die Macht der Gewerkschaften der Arbeiter und der Angestellten schwächen und damit die Arbeitsbedingungen verschlechtern zu können. Daß diese Bestrebungen keinen Erfolg haben werden, ergibt sich allein schon aus der Tatsache, daß die Gewerkschaften im Jahre 1927 Hunderttausende neuer Mitglieder gewonnen haben. Es gilt, die Reihen der Gewerkschaften weiter zu stärken, die Unorganisierten sind aufzutreten und zu tätigen Gewerkschaftsmitgliedern zu erziehen.

Die Wahlparole für die Betriebsrätenneuwahlen 1928 ist: Für wirkliches Mitbestimmungsrecht durch die Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten! Gegen Wertgemeinschaften und gegen die Zersplitterung der Kampfkraft der Arbeiterklasse!

Berlin, 1. Februar 1928.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Tarifverhandlungen für die Norddeutsche Textilindustrie.

Seit Monaten ist der von Arbeitnehmerseite gekündigte Manteltarifvertrag für die norddeutsche Textilindustrie abgelaufen. Das für den Bezirk Berlin-Romowes gültige Arbeitszeitabkommen wurde ebenfalls von Arbeitnehmerseite zum 31. Januar 1928 gekündigt. Die Arbeitgeber haben es besonders in diesem Bezirk mit Verhandlungen nicht eilig. Jedoch die Arbeitszeitfrage erscheint ihnen brennend und haben sie deshalb, ohne die Verhandlungen zwischen den Parteien abzuwarten, den Schlichtungsausschuss Groß-Berlin angerufen, trotzdem sich die Arbeitnehmer zu Verhandlungen bereit erklärten. Sie stellten lediglich die Bedingung, daß zuerst über die Gruppeneinteilung, welche Berufe als gelernte, angelernte und ungelernete Arbeiter bezeichnet werden sollen, sowie über einen neuen Manteltarifvertrag verhandelt werden müsse. Bei der letzten Lohnvereinbarung für Berlin-Romowes hatten sich die Parteien geeinigt, alsbald eine neue Gruppeneinteilung zu treffen. Dies war am 6. Mai 1927. Bis heute sind die Parteien in dieser Frage infolge der ablehnenden Haltung der Arbeitgeber noch keinen Schritt weiter gekommen.

Die auf Anruf der Arbeitgeber bezüglich der Arbeitszeitfrage angelegte Schlichtungsausschussverhandlung fand am 27. Januar 1928 statt. Der Antrag der Arbeitgeber ging dahin, das alte Arbeitszeitabkommen zu verlängern mit der Veränderung, daß auf Anordnung der Arbeitgeber die Wochenarbeitszeit auf 53 Stunden ausgedehnt werden könne. Bisher konnten die Arbeitgeber bis 51 Stunden anordnen. Nach

Reichskonferenz der Tucharbeiter u. -arbeiterinnen Deutschlands

Die Reichskonferenz der Tucharbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands wird hiermit durch den unterzeichneten Vorstand für **Sonnabend, den 17. und Sonntag, den 18. März 1928, nach Forst i. d. Lausitz** einberufen. Die Reichskonferenz findet im „Hotel Kaiserhof“ statt und beginnt am Sonnabend, dem 17. März 1928, vormittags 10 Uhr.

Die Tagesordnung lautet:

1. Begrüßungsansprache und Eröffnung durch den Vorstandsvorsitzenden H. Jädel.
2. Die sozialen Kämpfe der Tucharbeiterschaft Deutschlands bis zum Grimmischauer Streik um den Zehntfundentag. (Referent noch nicht feststehend.)
3. Die gegenwärtige Lage der Wollindustrie mit besonderer Berücksichtigung der Tuchfabrikation. (Referent: Hugo Rödel, Berlin.)
4. Die Lohnbasis der Tucharbeiter und -arbeiterinnen. (Referent: Josef Feinhals, Berlin.)
5. Der Kampf um den Achtstundentag. (Referent: Dr. Moses, M. b. R., Berlin.)
6. Die Arbeiterinnen in der Tuchindustrie. (Referentin: Elise Niewiera, Berlin.)
7. Der Deutsche Textilarbeiter-Verband im Zusammenwirken mit den Arbeitersport- und -spielvereinen. (Referent: Hugo Dressel, Berlin.)
8. Die Reichstagswahlen. (Referent: Josef Lang, Berlin.)

Es finden zu allen Punkten der Tagesordnung Diskussionen statt und werden namhafte Vertreter und Vertreterinnen der Organisation aus allen Gaubezirken sprechen. Die Gauleitungen und Ortsverwaltungen werden ersucht, die notwendigen Vorarbeiten in Angriff zu nehmen und die Wahl von Delegationen zu veranlassen. Zur Teilnahme sind nur Verbandsmitglieder berechtigt.

Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes
H. Jädel, Vorsitzender

Politische Wochenschau.

Die Deutschnationalen gegen die Verständigungspolitik. — Der Linksrud bei den Wahlen. — Im Zentrum ist man wieder einig. — Die Agrarier drohen mit „Revolution“. — Völkische Unerschämtheiten.

Bei der Beratung des Haushalts des Reichsaussenministeriums im Reichstag hat es wieder einmal einen Krach im Lager der Regierungsparteien gegeben. Reichsaussenminister Stresemann hatte zuerst ausgeführt, daß die bisherige deutsche Außenpolitik mit dem Ziel einer völligen Verständigung mit den früheren Kriegsgegnern fortgeführt werden solle. In der Debatte forderte nun der deutschnationale Abgeordnete v. Freytag-Loringhoven die Preisgabe dieses außenpolitischen Kurses. Darüber entstand große Entrüstung beim Zentrum, und dessen Führer forderten von den Deutschnationalen, daß sie ihren Redner preisgeben sollten. Mit einigen Wenn und Aber mußten die Deutschnationalen auch schließlich eine abschwächende Erklärung abgeben lassen. Später wandte sich auch Herr Stresemann selbst gegen seine Regierungskollegen von ganz rechts; er betonte noch einmal, daß die Reichsregierung die Politik des Friedens fortsetzen und mit Frankreich sich gütlich ausbilden wolle. Von den Vertretern der Linken, insbesondere von der Sozialdemokratie, wurde in diesem Zusammenhange darauf hingewiesen, daß das Ausland niemals so recht an die Friedensliebe Deutschlands glauben werde, solange die friedensfeindliche deutschnationale Partei in der Regierung sitzt. Der Konflikt im Bürgerblock ist zwar vorläufig wieder beigelegt worden, man kann aber nicht behaupten, daß diese Regierung noch sehr fest steht.

Was die Regierungsparteien noch zusammenhält, ist eine Hoffnung und eine Angst. Die Hoffnung des Zentrums, daß das Schulgesetz doch noch zustande kommen wird, und die Angst der Rechtsparteien vor den Neuwahlen zum Reichstag. Wie begründet diese Angst ist, zeigt das Wahlergebnis von Mecklenburg-Strelitz. Seit dem 1. Juli vorigen Jahres sind die sozialdemokratischen Stimmen von 15 306 auf 19 264 und ihre Mandate von 12 auf 13 gestiegen. Die Deutschnationalen konnten trotz stärkerer Wahlbeteiligung ihre Stimmenzahl mit 10 600 ungefähr noch halten, ihre Mandate gingen von 10 auf 8 zurück. Auch die anderen bürgerlichen Parteien haben dort schlecht abgeschnitten. Die kommunistische Partei ist von 4172 auf 3564 Stimmen zurückgegangen. Ein ähnliches Bild zeigt sich in dem Ländchen Vipe, wo die Sozialdemokratie bei den Stadtverordnetenwahlen ihre Stimmenzahl auf Kosten der Rechten fast durchweg steigern und in einer Anzahl von Ortschaften die Mehrheit in der Gemeindevertretung erobern konnten. Wenn die beiden Länder auch keinen großen Umfang haben, so sind doch auch diese Wahlergebnisse von symptomatischer Bedeutung für die Stimmung der Bevölkerung, besonders in den agrarischen Gebieten.

Die Tagung der leitenden Körperschaften der Zentrumspartei hat, wie vorauszusehen war, mit einer allgemeinen Veröhnung geendet. Nach dem offiziellen Bericht hat der Reichszkanzler Dr. Marx, der Vorsitzende der Zentrumspartei, eine längere Rede gehalten, in der sehr viel von dem sozialen Charakter des Zentrums die Rede war. An der Aussprache beteiligten sich auch die christlichen Gewerkschaftsführer und schließlich wurde eine Resolution einstimmig angenommen, worin es heißt, daß das Zentrum eine christliche und soziale Volkspartei sein und seine Aufgaben in der deutschen Republik lösen wolle. Resolutionen von solcher Art sind lediglich dazu bestimmt, um den Außenstehenden zu täuschen. In Wirklichkeit zeigt sich der wahre Charakter des Zentrums in der von ihm betriebenen Politik, und wie die beizubehalten ist, daß ergibt sich aus seiner Verbindung mit dem Bürgerblock. Offenbar will aber das Zentrum für die Wahlen freie Hand behalten und die verärgerten christlichen Arbeiter wenigstens mit schönen Worten zufriedensstellen; daher die Betonung der sozialen und republikanischen Seite. Aber man wird nicht vergessen, wie sehr das Zentrum, vor allem im letzten Jahre, die antisozialen und antirepublikanischen Bestrebungen gefördert hat.

In den letzten Tagen des Monats Januar hat der Deutsche Landbund seine übliche Jahreskundgebung in Berlin abgehalten. Es wurden von den Führern der Agrarier die bekanteten Klagen über die Not der Landwirtschaft vorgebracht, die in ihrer Verallgemeinerung eine Liebertreibung darstellen. Trotzdem die Bürgerblockregierung den Agrariern neue Unterstühtungen in größtem Umfange gewähren will, haben diese es für notwendig gehalten, mit einer „Revolution“ zu drohen. Man sprach viel von Steuererweigerung, vom Streik der Landwirte und von der Einstellung der Betriebe. Die Arbeiterschaft ist gern bereit, den kleinen Bauern, den Pächtern und vor allem dem besitzlosen Landproletariat zu helfen. Sie lehnt es aber entschieden ab, dem Großgrundbesitz noch größere Summen als bisher zur Verfügung zu stellen. Sie verlangt, daß die Agrarier energischer als bisher an die Rationalisierung der Betriebe herangehen. Drohungen von der in Berlin beliebten Art können nur erbitternd, aber nicht einschüchternd wirken. Zusammenarbeit von Stadt und Land, von Industrie und Landwirtschaft ist notwendig, aber die Bevorzugung des ostelbischen Großgrundbesitzes durch Wucherzölle, Liebesgaben und billige Kredite muß endlich aufhören; sie geht auf Kosten der breiten Massen des werktätigen Volkes.

Je weniger die Völkischen noch etwas zu sagen haben, desto weiter sperren sie das Maul auf. Im Reichstag beschimpfte der völkische Abgeordnete Friede die ermordeten Minister Erzberger und Rathenau; der ihnen nahestehende deutschnationale Vizepräsident Graef rief aber nicht den völkischen Redner zur Ordnung, sondern er verwies zwei kommunistische Abgeordnete aus dem Sitzungssaal. Im Femeunterforschungsausschuß des Preussischen Landtags benahmen sich einige völkische Zeugen so rüpelhaft, daß sie hinausgeworfen werden mußten. Jetzt sehen die Völkischen Himmel und Hölle in Bewegung, um die zum Tode verurteilten Femeinörder Schulz und Genossen nicht etwa nur vor der Hinrichtung zu bewahren, sondern darüber hinaus ihre völlige Freilassung zu erwirken. Die Linksparteien, vor allem die Sozialdemokraten, erklären sich aus grundsätzlicher Erkenntnis auch in diesem Falle gegen die Vollstreckung der Todesstrafe. Aber sie lehnen aufs Entschiedenste die Begnadigung von Leuten ab, die sich gemeiner Mordtaten schuldig gemacht haben. Welche Folgen es haben müßte, wenn bei den Femeinördern über das sonst übliche Maß der Umwandlung von Todesstrafe in lebenslangliches Zuchthaus hinausgegangen werden sollte, zeigt die ungeheure Empörung, die über die vom Landgericht Frankfurt a. O. verurteilte Freilassung des mit der Lösung von zwei Reichsbannerleuten belasteten und zu anderthalb Jahren Zuchthaus verurteilten Großbauern Paul Schmelzer aus Arensdorf aus dem Untersuchungsgefängnis entstanden ist.

Aus dem Verbandsleben.

Emil Liebig †

Am 26. Januar d. J. verstarb im Katharinen-Hospital zu Stuttgart an den Folgen einer Blinddarmerkrankung der Geschäftsführer unserer Stuttgarter Filiale, Kollege Emil Liebig. Im besten Mannesalter, kaum 52jährig, ist ihn der unerbittliche Tod aus seinem Wirkungsbereich, aus unserer Mitte.

Als Sohn eines Handwebers, in Schlesien geboren, lernte er schon in seiner frühesten Jugend die Not des Proletariats kennen und schloß sich deshalb, nachdem er als schlesischer Weber sein Brot selbst verdienen mußte, auch bald der gewerkschaftlichen, wie der politischen Organisation an. Von jungen Jahren an war er ehrenamtlich aktiv in unserer Textilarbeiterbewegung tätig, bis ihn im Jahre 1919 die Jittauer Kollegen zum Angestellten der Organisation wählten. Nachdem er im September 1922 nach Neugersdorf in Sachsen als Geschäftsführer der dortigen Filiale übergesiedelt war, wurde er im August 1925 nach Stuttgart berufen.

In allen seinen Stellungen innerhalb der Organisation hat er es verstanden, durch aufopfernde Tätigkeit das Vertrauen der Kollegen zu erlangen. Er war ein befähigter und uns ein treuer, aufrichtiger Mitarbeiter, dessen Pflichterfüllung der jungen Generation unserer Bewegung als Beispiel dienen kann. Sein Andenken wird die Textilarbeiterschaft in Ehren halten.

Internationaler Textilarbeiter-Kongress in Gent (Belgien).

Der Internationale Textilarbeiter-Kongress findet am 28. Mai 1928 und folgende Tage in Gent (Belgien) statt. Die Zahl der Vertreter unseres Verbandes ist vom Beirat auf 20 festgesetzt worden. Von diesen sind laut § 39 des Statuts drei Viertel (15 Vertreter) durch Urwahl zu wählen, während das letzte Viertel vom Hauptvorstand gestellt wird.

Die Urwahl findet Sonnabend, den 31. März 1928, statt. Das Verbandsgebiet ist in 9 Wahlkreise eingeteilt. Die Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Kreise ist entsprechend den Bestimmungen des Statuts wie nachstehend erfolgt:

1. Wahlkreis: Gau Hannover. 1 Delegierter; 1 Stellvertreter. Wahlort: Hannover. Wahlleiter: B. Klische, Hannover, Nikolaistr. 10.
2. Wahlkreis: Gau Kassel. 1 Delegierter; 1 Stellvertreter. Wahlort: Kassel. Wahlleiter: H. Kolbe, Kassel, Spohrstr. 6.
3. Wahlkreis: Gau Barmen. 2 Delegierte; 2 Stellvertreter. Wahlort: Barmen. Wahlleiter: Chr. Schäfer, Barmen, Parlamentstr. 3.
4. Wahlkreis: Gau Stuttgart. 1 Delegierter; 1 Stellvertreter. Wahlort: Stuttgart. Wahlleiter: S. Döhring, Stuttgart, Alexanderstr. 53.
5. Wahlkreis: Gau Augsburg. 1 Delegierter; 1 Stellvertreter. Wahlort: Augsburg. Wahlleiter: P. Hübler, Augsburg, Mittl. Kreuz F 280.
6. Wahlkreis: Gau Bera. 1 Delegierter; 1 Stellvertreter. Wahlort: Bera. Wahlleiter: Chr. Schmidt, Bera-R. Enzianstr. 11.
7. Wahlkreis: Gau Dresden. 5 Delegierte; 5 Stellvertreter. Wahlort: Dresden. Wahlleiter: G. Richter, Dresden-W., Schützenplatz 20.
8. Wahlkreis: Gau Gelnitz. 2 Delegierte; 2 Stellvertreter. Wahlort: Gelnitz. Wahlleiter: Br. Schuhmann, Gelnitz, Bismarckstr. 4.
9. Wahlkreis: Gau Berlin. 1 Delegierter; 1 Stellvertreter. Wahlort: Berlin. Wahlleiter: M. Gruhl, Berlin D. 27, Andreasstr. 17.

Die Kandidaten müssen in dem Wahlkreise wohnen, in dem sie aufgestellt sind. Für Verbandsangestellte gilt der Amtssitz als Wohnsitz.

Die Einbringung der Kandidatenvorschläge an den Hauptvorstand hat, um sie rechtzeitig veröffentlicht zu können, spätestens bis zum 3. März d. J. zu erfolgen. Bei Einbringung der Vorschläge sind die Namen der Kandidaten (Vor- und Zuname), Verbandsmitgliedschaft, Beruf (auch bei Verbandsangestellten), und Beitragsklasse anzugeben.

Sind im Wahlbezirk bis zum Ablauf des Termins zur Aufstellung von Kandidaten (d. h. also, bis zum 3. März d. J.) nur soviel Kandidaten aufgestellt wie Vertreter zu wählen sind, so gelten die vorgeschlagenen Kandidaten als gewählte Vertreter. In solchen Fällen sind die Stellvertreter namentlich zu benennen.

Für die Urwahl selbst gelten im übrigen die Bestimmungen des § 38 des Statuts sinngemäß.

Die Ortsverwaltungen werden ersucht, die notwendigen Vorarbeiten zu treffen, um eine ordnungsgemäße Durchführung der Bestimmungen betr. Festlegung der Vertreter zu internationalen Textilarbeiterkongressen zu ermöglichen.

Der Vorstand.
gez. H. Jäckel

Gewerkschafts-Kongress in Hamburg.

(3. Bundestag des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes.) Der Gewerkschaftskongress (3. Bundestag des ADGB) findet in der Zeit vom 3. bis 8. September 1928 in Hamburg statt.

Die Zahl der Vertreter unseres Verbandes ist vom Beirat auf 20 festgesetzt worden. Von diesen sind laut § 39 des Statuts drei Viertel (15 Vertreter) durch Urwahl zu wählen, während das letzte Viertel auf den Hauptvorstand entfällt.

Seeschiff und Flugzeug.

Die Transport- und Verkehrseinrichtungen sind in den letzten Jahren wesentlich vervollkommen worden. Vor 30 Jahren konnte man fast nur die Schiffe und die Eisenbahn. Später kamen Kraftfahrzeuge und Flugzeuge hinzu. Heute könnten wir uns die Welt ohne Flugzeug und ohne den Kraftwagen kaum mehr vorstellen. Doch und nach sind eine Ergänzung und technische Zusammenarbeit der verschiedensten Verkehrsmittel statt. So hat die Eisenbahn im sogenannten Fernverkehr mit den Luftverkehrsgesellschaften Vereinbarungen getroffen, wonach die Bahngüter durch Flugzeuge weiterbefördert werden und umgekehrt. Auch zwischen den Kraftfahrgeheimnissen, die über Land fahren, und der Eisenbahn bestehen mehrfache Verbindungen. Die großen Linienreedereien haben schon länger eine Zusammenarbeit zwischen der Seeschifffahrt und der Luftschifffahrt ins Auge gefaßt. Beide Verkehrsmittel können sich vortrefflich ergänzen. Wie auf der beigegebenen Abbildung des Berggründungs-Dampfers „Oceana“ der Hamburg-Amerika-Linie ersichtlich ist, ist auf dem achteren Deck des Schiffes eine Junkers-Maschine untergebracht. Diese ist für das Beschießen eines Wasserflugzeuges eingerichtet. Der Aufstieg kann vom Schiff aus erfolgen; nach dem Flug kann das Flugzeug bequem nach erfolgter Rundfahrt nach oben zurückkehren.

Doch den Touristen schiffen geht auch ein Flugzeug mitgegeben werden kann, ist eine weitere Vervollkommenung des Verkehrs und schließt den Touristenverkehr weiter abgegrenzter Gebiete. Wenn ein solches Touristen schiff früher die verschiedensten Häfen anließ, kann es heute die Passagiere, infolge der zur Verfügung stehenden geringen Höhe, nur die unmittelbare Umgebung besichtigen. Das Flugzeug bietet die Möglichkeit, mit jeweils fünf Passagieren Rundflüge zu veranstalten und somit etwas tiefer in fremde Länder einzufliegen. Es ist ein vorzügliches Mittel, um auf kurzen Reisen in sehr angenehmer, knapper Zeit und ohne große Mühe zu lernen.

Für diejenigen, die mit solchen Gütern gekonnt sind und bei denen Zeit weniger eine Rolle spielt, ist sehr auch im Winter Gelegenheit gegeben, Ausflüge zu unternehmen. So veranstaltet die Hamburg-Amerika-Linie in den Monaten Januar bis Mai eine Reihe etwa zwei bis drei Wochen dauernder Fahrten nach dem



Dem Berggründungs-Dampfer „Oceana“ der Hamburg-Amerika-Linie, der kürzlich seine erste Mittelmeerfahrt von Hamburg aus antrat, wurde ein fünfseitiges Junkers-Wasserflugzeug mitgegeben, das den Passagieren Gelegenheit zu Rundflügen in den einzelnen Anlaufhäfen gibt.

Suden. Die Küsten des Mitteländischen Meeres bieten in unseren Wintermonaten ein mildes, heimatliches Klima und entfallen schon bald nach Neujahr eine lebhaft südlische Vegetation.

Der Aufenthalt an den Gestaden des Mittelmeeres ist in den Wintermonaten angenehmer als im Sommer. Die paradiesisch zu



Die Riviera

nennt den Landschaften dortselbst sind bekannt. Wir brauchen nur an die französische und italienische Riviera zu erinnern, an die

Die Urwahl findet Sonnabend, den 31. März 1928, statt. Das Verbandsgebiet ist in 9 Wahlkreise eingeteilt. Die Erstellung der Delegierten auf die einzelnen Kreise ist entsprechend den Bestimmungen des Statuts wie nachstehend folgt:

- 1. Wahlkreis: Gau Hannover. 1 Delegierter; 1 Stellvertreter. Wahlort: Hannover. Wahlleiter: P. Ritsche, Hannover, Nilsstr. 10.
- Wahlkreis: Gau Kassel. 1 Delegierter; 1 Stellvertreter. Wahlort: Kassel. Wahlleiter: H. Kolbe, Kassel, Spohrstr. 6.
- Wahlkreis: Gau Barmen. 2 Delegierte; 2 Stellvertreter. Wahlort: Barmen. Wahlleiter: Chr. Schäfer, Barmen, Parlamentsstr. 8.
- Wahlkreis: Gau Stuttgart. 1 Delegierter; 1 Stellvertreter. Wahlort: Stuttgart. Wahlleiter: E. Döhring, Stuttgart, Alexanderstr. 53.
- Wahlkreis: Gau Augsburg. 1 Delegierter; 1 Stellvertreter. Wahlort: Augsburg. Wahlleiter: P. Hübler, Augsburg, Mittl. Kreuz F 280.
- Wahlkreis: Gau Gera. 1 Delegierter; 1 Stellvertreter. Wahlort: Gera. Wahlleiter: Chr. Schmidt, Gera-N., Englanstr. 11.
- Wahlkreis: Gau Dresden. 5 Delegierte; 5 Stellvertreter. Wahlort: Dresden. Wahlleiter: G. Richter, Dresden-N., Schützenplatz 20.
- Wahlkreis: Gau Plegnit. 2 Delegierte; 2 Stellvertreter. Wahlort: Plegnit. Wahlleiter: Dr. Schuhmann, Plegnit, Bismarckstr. 4.
- Wahlkreis: Gau Berlin. 1 Delegierter; 1 Stellvertreter. Wahlort: Berlin. Wahlleiter: R. Grah, Berlin O. 27, Andreasstr. 17.

Die Kandidaten müssen in dem Wahlkreise wohnen, in dem sie aufgestellt sind. Für Verbandsangestellte gilt hierentsprechend als Wohnort. Die Einsetzung der Kandidatenvorschläge durch den Hauptvorstand hat, um sie rechtzeitig veröffentlicht zu können, spätestens bis zum 8. März d. J. zu erfolgen. Bei Einsetzung der Vorschläge sind die Namen der Kandidaten (Vor- und Zunamen), Verbandseintritt, Beruf (auch bei Verbandsangestellten), und Beitragsklasse anzugeben. Sind im Wahlbezirk bis zum Ablauf des Termins zur Aufstellung von Kandidaten (d. h. also, bis zum 8. März d. J.) nur soviel Kandidaten aufgestellt wie Vertreter zu wählen sind, so gelten die vorgeschlagenen Kandidaten als gewählte Vertreter. In solchen Fällen sind die Stellvertreter namentlich zu benennen. Für die Urwahl selbst gelten im übrigen die Bestimmungen des § 38 des Statutes sinngemäß. Die Ortsverwaltungen werden ersucht, die notwendigen Vorarbeiten zu treffen, um eine ordnungsgemäße Durchführung der Bestimmung betr. Festsetzung der Vertreter zu gewährleisten.

Der Vorstand.
gez. H. Jädel.

Wohnungsnot.

Unhaltbare Zustände in den Großstädten.
Die endgültigen Ergebnisse der Reichswohnungsabzählung vom 16. Mai 1927 liegen jetzt, soweit die Wohnverhältnisse in den deutschen Großstädten in Frage kommen, vor. Grund dieser Ergebnisse kann festgestellt werden, daß in den Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern auf je 10,3 Wohnungen 10,3 Haushaltungen oder Familien kommen, ohne eigene Wohnung sind. Jede zehnte Großfamilie entbehrt damit der Grundlage des Familienlebens überhaupt, die eigene Wohnung. Vielfach verfügen die wohnungslosen Familien, die man bei anderen Familien unterbringen mußte, auch nicht einmal über eine eigene Hauszählung. Von rund 2 Millionen Personen, die in den deutschen Großstädten in Untermiete wohnen, sind nicht weniger als 37 Proz. sogenannte Zimmerherren, Schlafburschen usw.
Das ist die Sprache der Statistik, die nur feststellt, addiert und summiert. Wer mag ermaßen, welches Meer von Elend und persönlichem Leid sich hinter diesen Zahlen verbirgt. Wohnungsnot! Durch die Presse ging vor einigen Tagen eine geradezu furchtbare Notiz. Sie mag das Bild

erhöhen Inselgruppen, an die Städte Konstantinopel, Kairo, Sues, Athen, ferner Gibraltar, die Küste Marokkos usw. Alle diese Länder, Städte, Küsten können im Zeitraum von etwa drei Wochen in Augenschein genommen werden. Von den Ausfahrgeschäften erfolgen Touren entweder per Flugzeug oder per Eisenbahn in der Umgebung, z. B. nach Marokko, von Haifa nach Jerusalem usw. Dazu tritt noch der angenehme Aufenthalt an Bord,



Vor Konstantinopel

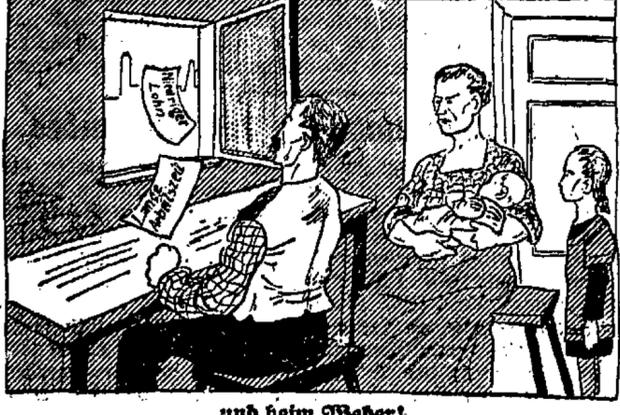
alles, was zufriedene Menschen brauchen, vorhanden ist und durch Bordkino, Bordzeitungen, Sportbecken usw. für Ferientouristen sorgt ist. Es braucht nicht erwähnt zu werden, daß auf diesen Kreuzdampfern, die nur eine Klasse haben, glänzende Verpflegung geboten wird. Die Fahrten der Hapag beginnen in Hamburg und enden in der Regel in Genoa, Venedig oder Neapel und umgekehrt.

der Statistik ergänzen: In einem der vielen Elendslöcher im Norden der Reichshauptstadt Berlin, die man optimistisch als Wohnungen bezeichnet, wurde eine tote Frau, eine 52 Jahre alte Beria Unglaube, aufgefunden. Die Tote lag auf einem Lumpenlager und war völlig unbekleidet. Der untersuchende Arzt stellte Wunden an dem Körper der Frau fest, die er im Anfang für Messerstiche hielt. Dann aber stellte sich heraus, daß es sich um Ingeferwunden handelte. Die sogenannte Wohnung der Familie Unglaube gliedert sich in einen Unterstand, verkommen und verfallen, als einer menschlichen Behausung. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei ergaben nun folgendes: Die Familie Unglaube, bestehend aus Mann und Frau, war längere Zeit wohnungslos. Die beiden hatten dann in der arbeitslosen Januarhälfte des Jahres 1928 auf Treppentritten tagelange geschlafen, bis ihnen die Stadt die Wohnung zugewies, in der die Beria Unglaube starb. Wahrscheinlich infolge Entkräftung. Die Strapazen der langen, schmerzhaften Winternächte haben sich geltend gemacht. Weil Frau Un-

Zweierlei Wirkungen



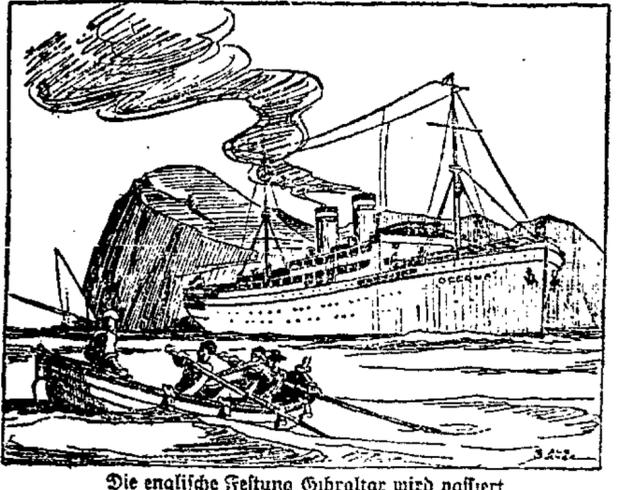
Die Wirkung der weißen Woche im Kontor des Textil-Abrikantens



und beim Weber!

glaupe verstorben ist, deshalb erfährt die Öffentlichkeit von dem Fall Unglaube. Von wieviel Fällen melden aber die Zeitungen nichts, wo Menschen schicksale sich unter Druck der Wohnungsnot geräuschlos vollziehen. Das ist Wohnungsnot!
37 Proz. von 2 000 000 Untermietern in den deutschen Großstädten sind Zimmerherren und Schlafburschen. Wir kennen alle die Wohnung und auch das Bett, das nicht kalt wird, weil der Schlafbursche, der nachts arbeitet, am Tage dort zweifelhafte Ruhe findet, wo nach vier Stunden die Familie schlief. Das Kostgängerwesen mit seinen furchtbaren sozialen Gefahren scheint unter Einfluß der Wohnungsnot besonders großen Umfang angenommen zu haben.

Zwei Dampfer stehen zu solchen Reisen zur Verfügung, und zwar die „Oceana“ und die „Reliance“.
Wenn man all dies liest und hört, dann packt einem die Verzweiflung darüber, daß es nur wenigen möglich ist, die so ausgestatteten Verkehrsmöglichkeiten zu genießen. Zwar sind die Preise schon etwas niedriger geworden, dennoch sind sie für die meisten Menschen leider unerschwinglich. Aber mehr und mehr sollte auch bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten die Ge-



Die englische Festung Gibraltar wird passiert

wohnheit aufkommen, ihre Ferien nicht in ihrem Wohnort zu verbringen, sondern durch Zusammenstellung von Sonderzügen zu ermöglichen, diese in andere Gegenden zu verbringen. Das A und O der Angelegenheit natürlich ist, den Lebensstandard der Menschen soweit zu heben, daß auch die Hand- und Kopfarbeiter solche Reisen, wie sie die Hapag veranstaltet, mitmachen können. Die Stärkung der Gewerkschaftsbewegung, die bestrebt ist, die Vorbedingungen hierfür zu schaffen, ist hierbei erste Voraussetzung.

In den 46 deutschen Großstädten wurden 4,5 Millionen bewohnte Wohnungen, aber 4,9 Millionen Haushaltungen mit 16,8 Millionen Personen festgestellt. Von diesen 4,9 Millionen Haushaltungen hatten 481 000 keine eigene Wohnung. Damit fällt auf jede neunte bis zehnte Wohnung eine Haushaltung oder Familie ohne eigene Wohnung. Rund vier Fünftel aller Wohnungen werden ausschließlich vom Wohnungsinhaber und seinen Angehörigen bewohnt. Die Wohnungsinhaber sind an Personenzahl nur etwa doppelt so stark wie die Untermieter. In etwas mehr als einem Zehntel der Wohnungen befinden sich neben dem Wohnungsinhabern lediglich aufgenommene Einzelpersonen (Zimmerherren, Schlafburschen usw.). In dem letzten Zehntel aller Wohnungen häuft sich aber das Elend, pferchen und drängen sich die Inhaber mit wohnungslosen Haushaltungen oder Familien. Der häufigste Fall ist, daß zwei Haushaltungen eine Wohnung gemeinsam benutzen. Das trifft für 7,3 Proz. aller Wohnungen zu. Mit einer aufgenommenen Familie neben der Haushaltung des Wohnungsinhabers sind 2,3 Proz. der Wohnungen besetzt. Das mag unter dem Druck der Wohnungsnot schließlich für geraume Zeit noch angehen. Aber — und hier faßt den Kenner der Verhältnisse das Grauen — in 0,4 Proz. aller Wohnungen wohnen drei oder mehr Familien oder Haushaltungen zusammen. In vielen Fällen verfügen die Familien teilweise nicht über eine Haushaltung. In 18 714 Wohnungen hat man 56 772 Haushaltungen zusammengepfercht. In einzelnen Fällen muß die an und für sich spärliche Wohnung vier und mehr Haushaltungen aufnehmen. Die Statistik konstatiert, daß in 630 Fällen vier und noch mehr Haushaltungen zusammengepfercht sind.

Die ganze Wucht der Wohnungsnot trifft die breite Bevölkerung, die Vermissten der Armen. In den Kleinwohnungen, deren Zahl mit 51 Proz. angegeben wird, leben 45 Proz. der Bevölkerung. In den Mittelwohnungen, deren Anteil an den Gesamtwohnungen 42 Proz. ausmacht, 45 Proz., und in den Großwohnungen (7 Proz.) 10 Proz. der Bevölkerung. In den kleinen, ohnehin schon stark besetzten Wohnungen, ist kaum noch Platz für Untermieter vorhanden. Immerhin ist selbst in den Wohnungen mit nur einem Raum jede zwanzigste mit Untermietern besetzt, bei den Wohnungen mit zwei Räumen jede elfte, mit drei Räumen bereits jede sechste. Die große Masse der wohnungslosen Haushaltungen und Familien, rund 86 Proz., ist in Mittel- und Kleinwohnungen untergebracht, und zwar entfallen rund 56 Proz. auf Mittelwohnungen und 30 Proz. auf Kleinwohnungen. Am dichtesten ist die Bevölkerung in Wohnungen mit einem Wohnraum, wo durchschnittlich nahezu zwei Personen mit einem gemeinsamen Raum vorlieb nehmen müssen. Das ist aber nur der Durchschnitt; in den meisten Fällen werden viel mehr Personen mit einem Raum auskommen müssen, von den trassen Fällen ganz zu schweigen. In Wohnungen mit zwei Räumen entfallen auf einen Wohnraum 1,5 Personen, in Wohnungen mit drei Räumen 1,2 Personen. Erst von der Größenklasse der Wohnungen mit vier bis sechs Räumen ab, trifft im Durchschnitt auf einen Raum nicht mehr als eine Person. In den Großwohnungen ergibt sich ein ausgesprochenes Raumüberfluß. Hier werden die Verhältnisse sehr günstig, da hier für jede Person mehr als ein Raum zur Verfügung steht. Während 481 000 wohnungslose Haushaltungen oder Familien konstatiert werden müssen, sind 495 000 Wohnungen im Besitz von Einzelpersonen. Das sind rund 11 Proz. Von diesen 11 Proz. sind 17 000 Wohnungen als Großwohnungen anzusprechen. Die Wucht der Wohnungsnot lastet auf den Vermissten der Armen.

Die Sprache der Statistik klingt so furchtbar, daß man alles tun möchte, um in Deutschland endlich die Wohnungsnot zu überwinden. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat vor Wochen auch der Regierung eine Darstellung übermittelt, in der er ausführliche Vorschläge für die Überwindung der Wohnungsnot macht. Auch das Reichsarbeitsministerium ist der Auffassung, daß mit allen Mitteln daran gegangen werden muß, endlich mit dem Wohnungselend Schluss zu machen und die Herde sozialer Krankheiten und Gefahren endlich zu zerflören. Aber — hier kommt das Aber. Das private Kapital kann nicht bauen. Wenn das private Kapital baut, werden die Mieten so teuer, daß sich die Arbeiterschaft, die breite Masse, eben weil sie die Miete nicht zahlen kann, doch auf zu enge Räume zusammenbrängt, wodurch dem Elend nicht gesteuert wird. Deshalb fordert der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in seiner Denkschrift auch auskömmliche Räume und macht so Sozialpolitik auf lange Sicht. Nun hat man im Jahre 1927, weil man sich in den Verhältnissen des Geldmarktes täuschte, dem Privatkapital auf dem Bauparkt freiere Hand gelassen. Die Ergebnisse sind furchtbar und belasten das Baujahr 1928 ganz außerordentlich. Die Bauausführungen im vergangenen Jahre sind, weil sich der Geldmarkt unter Einfluß der Industriekonjunktur verknappte, höchst unsolid finanziert. Man hat kurzfristige, sogenannte Zwischentredite aufgenommen, die eingefroren sind. Die Höhe dieser Kredite wird vom Reichsarbeitsministerium mit 700 Millionen Mark angegeben. Sie müssen erst konsolidiert, in langfristige Kredite, Hypothekarkredite umgewandelt werden. Wir haben also aus den Mitteln, die für die Bauzeit 1928 zur Verfügung stehen, erst die Bauausführungen des letzten Jahres zu zahlen. Dadurch wird die Bauzeit in den kommenden Monaten stark gebremst. Die Ausfichten, die Zahl der Fehlwohnungen wesentlich zu verringern, sind geschwunden.

Wenn wir nicht die nötigen Geldmittel aus dem Ausland beschaffen wollen. Dafür sehen sich die Gewerkschaften ein. Dafür ist auch das Reichsarbeitsministerium. Auch die amerikanischen Geldgeber sind bereit, entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen. Aber der Präsident der Deutschen Reichsbank, Herr Dr. Schacht, will nicht. Er, der sicherlich in einer luxuriösen Villa wohnt, der seine Wohnung sicher nicht mit vier anderen Haushaltungen teilt und auf dessen Kopf sehr wahrscheinlich mehr als ein Raum fällt, will die Sprache der Statistik nicht verstehen. Er, der nicht von den sozialen Gefahren der Wohnungsnot bedroht ist, hält Wohnungsbau für unproduktiv. Er will keine Auslandsanleihen — aus einer rein privatwirtschaftlichen Einstellung heraus.



Nun hat sich das Reichsarbeitsministerium schon anderweitig zu helfen versucht. So hat es durch die Bau- und Bodenbank einen amerikanischen Kredit in Höhe von 22 Millionen Mark aufgenommen, um einen Teil der Zwischentredite zu konsolidieren. Aber was bedeutet das? Doch nur einen Tropfen auf den heißen Stein. Der Bau- und Bodenmarkt braucht zum mindesten einen Kredit von 150 bis 200 Millionen Mark aus dem Auslande. Kann dieser Kredit nicht bereitgestellt werden, dann stehen wir sehr wahrscheinlich schon im Anzuge der Baukrise 1928 in einer Vertiefung auf dem Baumarkt, die sich zu einer allgemeinen Industriekrise auswachen wird.

Die Marktschreier des NWR. empfehlen immer noch das Leistungslohnsystem.

Der NWR. bemüht sich immer noch, der Mittelwelt zu beweisen, daß sein System des Leistungslohnes das beste System der Arbeitsentlohnung von der Welt ist. Im „Spinner und Weber“ Nr. 3 ist ein längerer Artikel enthalten, der zweifellos von der Betriebsleitung des Wollkonzerns stammt. Wir wollen hier nicht nochmals auf die Ungerechtigkeit des Leistungslohns eingehen, aber wir möchten die Art der Anpreisung des Leistungslohnsystems, wie es der NWR. tut, ins richtige Licht stellen. In dem angezogenen Artikel wird u. a. gesagt:

„Die praktische Erfahrung, die man bisher mit dem Leistungslohnsystem gemacht hat, ist außerordentlich günstig. Die Arbeitsleistung in allen Zweigen des Betriebes ist ganz bedeutend gesteigert worden und hat sich in vielen Fällen verdoppelt und verdreifacht.“

Jeder Fachmann, der über die Leistungsunterschiede der verschiedenen Arbeitsträfte unterrichtet ist, weiß, daß erhebliche Unterschiede bestehen können. Diese Unterschiede in der Leistung der einzelnen Arbeitsträfte resultieren oftmals aus Umständen, die nicht am Arbeiter liegen. Zum anderen ist ja auch ganz natürlich, daß nicht ein Arbeiter ebenso leistungsfähig ist wie der andere, daß aber durch das Leistungslohnsystem in „vielen Fällen“ die Leistung verdoppelt und verdreifacht würde, ist, gelinde gesagt, eine Unwahrheit. Eine derartige Steigerung der Leistung ist nie möglich. In allen ordnungsgemäßen Betrieben sind Berechnungen über den Ruhezustand der einzelnen Maschinen angestellt worden. Der Ruhezustand der einzelnen Maschine kann in keinem Fall so niedrig liegen, daß eine Verdoppelung oder Verdreifachung der Leistungen hätte eintreten können. Mit derartigen, in das Jägerlatein gehörenden Erzählungen kann man wohl der Textilindustrie fernstehende Personen für das Leistungslohnsystem einfangen, aber niemals den Fachmann.

Der Artikel leistet sich aber an einer anderen Stelle noch eine Unwahrheit, und zwar dort, wo gesagt wird:

„Bedauerlicherweise haben die Gewerkschaften den Gedanken des Leistungslohnes bisher abgelehnt.“

Wir haben niemals grundsätzlich ein Lohnsystem abgelehnt; hingegen wir uns aber wenden ist, daß der Arbeitgeber allein von sich aus entgegen dem bestehenden Tarifvertrage der Arbeiterchaft ein Lohnsystem aufzwingen will, durch das der Tarifvertrag illusorisch gemacht wird und die Arbeiterchaft sich geschädigt fühlen muß. Die Leistung des NWR., das ist zur Feststellung der Wahrheit noch besonders zu bemerken, hat durch das Leistungslohnsystem vor allen Dingen eine Förderung der gelben Werkvereine herbeiführen wollen. Auch hiergegen mußten sich die Gewerkschaften wenden. Schon durch diese wenigen Tatsachen wird gezeigt, daß es dem ganzen Aufsatze der inneren Wahrheitsliebe mangelt. Wie ein Ausschreier auf dem Jahrmärkte, dem es vor allem darauf ankommt, die Kunden anzuschmieren, so preist auch der NWR. sein Leistungslohnsystem an. Diese Marktschreier sind und bleiben eben eine üble Erscheinung im Wirtschaftsleben.

Ein Besuch der höheren Fachschule in Reichenbach i. B.

Vor einigen Wochen war es einer Anzahl Funktionäre unserer Organisation vergönnt, die höhere Fachschule für Textilindustrie in Reichenbach i. B. zu besichtigen. Reichenbach, eine Stadt, in der der Rhythmus der Räder klingt, wo stinke Hände den Webstuhl und die Spinnmaschine bedienen, ist so glücklich, in ihren Mauern eine der besten Fachschulen der Textilindustrie zu beherbergen.

Aus kleinsten Anfängen heraus hat sich die Schule entwickelt, die in jeder Beziehung als musterträchtig bezeichnet werden muß. Schon von außen macht das Schulgebäude einen geradezu bezaubernden Eindruck. Wunderbar verstand es der Baumeister, ein Werk entstehen zu lassen, das auf die Eigenart des landschaftlichen Bildes zugeschnitten ist. Wir sehen nicht mehr die fahlen, nüchternen Schulgebäude mit den charakteristischen schrägen Schieferdächern, sondern eine Form, die von außen zeigt, daß eine Bauperiode angebrochen ist, die aufträumt mit den Schnörkeln und Verzierungen des verflorenen Barock. Latzen- und Wollen spiegelt sich hier wieder. Glänzend ist die Raumfrage im Innern gelöst. Alle Korridore sind mit sinnreichen Einbauten versehen, größtmögliche Ausnutzung des verfügbaren Raumes ist höchste Grundfrage.

In den Wandnischen der Korridore befindet sich eine reichhaltige Sammlung lässlicher Textilfasern; stülk hat man verstanden, die Mordale auszugestalten, Licht und Luft flutet allenthalben, alle Erziehungswissenschaften der Pädagogik und Technik haben hier eine reiche Gelegenheit. Die höhere Fachschule verfügt über eine reichhaltige Sammlung aller in den letzten Jahrzehnten angefertigten Modestoffe der Herren- und Damenstoffbranche. Neugierig interessant ist es, an der Hand dieser Sammlung die Laune der nächsten Königin Mode zu verfolgen.

Das Warenprüfungsamt gewährt einen Einblick über die mannigfachen Methoden, die notwendig sind, um die Textilfaser nach den verschiedensten Richtungen hin für den Verwendungszweck zu prüfen.

Einen überwältigenden Eindruck hinterlassen die Arbeitsfäle, die mit allen modernen Arbeitsmaschinen der Streich- und Kammgarnspinnerei und -weberlei ausgestattet sind. Der höheren Fachschule wurde eine Abteilung der Wollstoff-Appretur angegliedert. Jede nur erdenkliche Arbeitsmaschine, vom einfachsten Handwebstuhl bis zum Jacquard- und Klothstuhl, ist vertreten. Gleichfalls sind alle Erzeugnisse technischer Art in den letzten Jahren bei den Spinnereimaschinen zur Anwendung gekommen.

Etwas 400 Menschen werden in Tages- und Abendkursen in der höheren Fachschule für Textilindustrie mit den technischen und wirtschaftlichen Verhältnissen unserer Industrie vertraut gemacht. Eine große Anzahl von jugendlichen Arbeitern nimmt an den Abendkursen teil, um so die Vorteile der Schule für den Existenzkampf mitzunehmen. Die Direktion der Schule, vor allem Herr Professor Müller, läßt kein Mittel unversucht, um den Zweck und das Wesen der Schule so populär wie irgend möglich zu gestalten. Herr Professor Müller stellte sich den Verbandsfunktionären in ungelieblicher Weise zur Verfügung bei der Besichtigung der Schule. Man merkte recht deutlich, daß der Herr mit der ganzen Faser seines Herzens an dieser Schule hing.

Hoffen wir, daß es der emsigen Arbeit des Direktoriums sowie der anderen Lehrkräfte der Schule gelingt, einen Stamm brauchbarer und tüchtiger Menschen zu formen, die erkennen, daß eine Vorwärtsentwicklung der Gesellschaft und Wirtschaft nur möglich ist durch das wertvollste Gut der Volkswirtschaft: die Arbeitskraft.

Aus der Textilindustrie.

Feuer in Textilfabriken.

Die Neue Augsburgische Kattunfabrik in Augsburg und die Leppichweberei von Rindorf u. Poser in Kleinbernsdorf (Thür.) wurden dieser Tage durch Brände heimgesucht. Während in Augsburg das Feuer eingedämmt werden konnte, so daß eine Unterbrechung des Betriebes nicht eintritt, wurde das Webereigebäude in Kleinbernsdorf von dem Brande so zerstört, daß die Stilllegung des Betriebes erfolgen muß, wovon etwa 180 Beschäftigte betroffen werden.

Von der Textilindustrie des Auslandes.

In einem Artikel des „Manchester Guardian“ werden die Ursachen der Depression in Lancashire behandelt. In diesem Artikel werden Zahlen angegeben, wie groß die Baukosten einer Spinnfabrik pro Einheit von 1000 Spindeln zu verschiedenen Zeiten gewesen sind. Sie betragen zum Beispiel Anfang August 1919: 1400 Pfund, das sind etwa 28 000 Mk., im Februar 1920: 4160 Pfund, das sind etwa 83 200 Mk., im Sommer desselben Jahres: 2250 Pfund, das sind etwa 45 000 Mk. — Hierzu bemerkt das Blatt, daß mit einer normalen Verzinsung des Anlagekapitals erst gerechnet werden könnte, wenn die Spindeln etwa 7 Schilling, das sind etwa 7000 Mk., pro Laufend kostet.

Einsetzung einer kleinen Kommission in Lancashire.

Neben den in der Arbeiterpresse erwähnten allgemeinen Besprechungen zwischen den englischen Unternehmern und Arbeitern, die das Ziel haben, die Störungen in der englischen Wirtschaft zu beseitigen, haben am Dienstag, dem 13. Januar, in Manchester ähnliche Verhandlungen zwischen den Unternehmern und Arbeitern der Textilindustrie stattgefunden. Wie bereits in Nummer 4 des „Textilarbeiters“ mitgeteilt, haben die Unternehmer in Lancashire vorgeschlagen, die Löhne um 25 Proz. herabzusetzen und die Arbeitszeit von 48 auf 52 Stunden zu verlängern. In dieser Konferenz lehnte der Sprecher der Arbeiter mit aller Entschiedenheit ein Eingehen auf die Wünsche der Unternehmer ab, erklärte jedoch die Bereitwilligkeit seiner Seite gemeinsam mit den Unternehmern in eine Nachprüfung aller Einzelheiten der Bestehungskosten einzutreten. Bisher hätten die Unternehmer nur von Kürzungen der Löhne und von Verlängerung der Arbeitszeit als dem Allheilmittel gesprochen, ohne auf die anderen Kostenelemente einzugehen. Das aber müßte gesehen, wenn man den Arbeitern weitere Opfer zumuten wolle. Er schlug vor, daß beide Parteien gemeinsam bei der Regierung die Einsetzung einer Untersuchungsausschusses beantragen. Beschlossen wurde die Einsetzung einer kleinen Kommission zur weiteren Behandlung der Angelegenheit. Als nächster Sitzungstag wurde der 3. Februar vorgelesen.

Literatur.

Inhaltsverzeichnis der Lieferung 2/1928 der Metalland Textilberichte, Heidelberg.

Mechanisch-technischer Teil. Koemmet: Betrachtungen über die Bewegungsvorgänge des Ringlaufers. Kiefer: Die Regulierung der Baumwollschlagmaschine. Ger: Wie die automatische Nachreinigung am Willow erfindet. Fratscher: Die verschiedenen Gallierungsarten des Jacquardharnisches. Hamann: Webwarentunde Mitteilungen des Fachnormenausschusses für Textilindustrie und Textilmaschinen. Peter: Atlasdecken und ihre Herstellung. Dietholzer: Schafstapmaschine für das rationale Verweben der Kunstfäden. Aberle: Die Herstellung verschiedener Strumpfsorten. Kosch: Sängerkantenscheidemaschine. Kalender für Autogenischerweizer — 1928.

Textile Forschungsberichte. Hirsch: Ueber den Einfluß der Heißbehandlung auf die Fäule und deren Verhalten im Spinnprozeß im Vergleich zur gewaschenen Fäule. Fikentlicher: Die technologischen Unterschiede der jetzt hauptsächlich handelsüblichen Hochbaumwollen unter besonderer Berücksichtigung der Untersuchungsmethoden. Rosenzweig: Die Färbungen der Seiden-garne. Färbenzähler. Einheitsliche Richtlinien für die Prüfung von Kunstfäden.

Chemisch-technischer Teil. Klughardt: Die Bestimmung des Glanzes an bunten Oberflächen. Kopitsch: Die Anwendung der ultravioletten Strahlung in der textil-chemischen Unter-

suchungswerte. Börner: Moderne Entwürfe für jeglichen Formanet: Untersuchung und Nachweis organischer Farbstoffe auf spektroskopischem Wege. Bombelli: Gassengasmaschine. Garne. Kollmann: Mohrbleiche und Röhbleiche. Herbi: Zur Bestimmung des Glaubersalzes in sulfurierten Dele. Swannoff: Ueber die Erzeugung von grünen Azofarben auf d. Faser. Gohler: Ueber das Legen von Indantrenfarbungen. Henkel: Einfluß der Herkunft und des Reinigungsgrades vegetabilischer Fasern auf die Aufnahme von Metallsalzen und Naphtol AS. Riß: Warum werden Indetts rot gefärbt? Neue Farbstoffe, neue chemische Präparate.

Der Abschnitt Weltzeitschriftenchau enthält in bekannter Weise die wichtigsten Referate aus in- und ausländischen Fachzeitschriften; neue Bücher; neue Musterarten.

Technische Auskünfte, Fragen und Antworten; geschäftliche Bezugsquellen.

Betriebstechnik, Organisation, Bez.: Stromverbrauch in Fabrikbetrieben. Centmaler: Die Bedeutung des Wirkungsgrades elektrischer Motoren in der Textilindustrie. Ausschub zur Betämpfung gewerblicher Värmischwerhörigkeit. Der schnelle Schluß. Zug. Müller: Kontrolle der Garmwirtschaft einer Weberei.

Wirtschaftlicher Teil. Hugo Heberlein: K. Kupczyl. Der Weltmarkt mit Textilmaschinen. Jubiläum. Vereinsnachrichten. Fachschulnachrichten. Offene Stellen.

Geschäftsführer gesucht.

Für die Geschäftsstelle Stuttgart wird an Stelle des verstorbenen Kollegen Diebig zu sofortigem Antritt ein Geschäftsführer gesucht. Reflektiert wird auf eine tatsächlich erste Kraft.

Bedingung ist: Beste organisatorische und administrative Leistung, Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift, vollständige Beherrschung des Tarif- und Arbeitsrechts.

Kollegen und Kolleginnen, die völlig gesund sind und den oben geforderten Bedingungen entsprechen, wollen ihre Bewerbungen mit Angabe ihres Lebenslaufes und ihres Bildungsganges unter Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung spätestens bis zum 24. Februar an den Hauptvorstand einreichen.

Diese Stelle ist auch für Verbandsangestellte zur Bewerbung freigegeben.

Das Anfangsgehalt beträgt 340 Mk. pro Monat. Verbandsangestellten wird die bisherige Dienstzeit angerechnet.

Die Bewerbungen sollen außer dem Kennwort „Bewerbung für Stuttgart“ tragen.

Der Hauptvorstand, gez. Karl Schrader.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, 12. Februar 1928, ist der Beitrag für die 6. Woche fällig.

Ausschluß.

Der Vorstand hat in der Sitzung vom 30. Januar 1928 dem Antrage der Ortsverwaltung Oelsnig i. B., das Mitglied

Erwin Schmidt,

Buch-Nr. 1 159 678, geborenen am 2. März 1901 in Untermargarin, eingetretten in den Landarbeiterverband am 18. September 1919, übergetreten zum Deutschen Textilarbeiterverband am 26. September 1921; wegen Verstoß gegen § 35 Abs 1 in Verbindung mit § 36 Abs 1 und 2 unseres Statuts vom 1. Oktober 1927 aus dem Verbands-

auszuschließen,

statgegeben.

Der Vorstand, gez.: Schöller.

Achtung!

Arbeitsuchende Kolleginnen und Kollegen aus dem Reich, die auf Inserate hin beabsichtigen in Brandenburg a. d. Havel Stellung anzunehmen, werden ihrer eigenen Interessen halber gebeten, vor Annahme derselben sich mit unserer dortigen Geschäftsstelle in Verbindung zu setzen. Adresse: Franz Dreßler, Brandenburg a. d. H., Hauptstr. 87.

Adressenänderungen.

Gau Barmen. Duisburg. V: Bernhard v. Drümen, Neudorfer Str. 211.

Grefrath. Das Bureau ist jetzt: Grefrath, Hochstr. 200.

Gau Stuttgart. Vambrecht. V: Ludwig Büchel, Karlsruher.

Gau Gera. Zeitz. V: Paul Mühs, Kalkstr. 40. K: Paul Busch, Liebnitzstr. 14.

Gau Dresden. Grünma. V:

Otto Fischer, Dorna b. Orlitz Nr. 5b.

Seipgia. V: Georg Bangs, Seiber Str. 32, II.

Timbach. V: Edmund Böhl, Bärstr. 10.

Reichstara. Mylau. V: Karl Wolf, Reichstara, Feldstr. 8.

Reichenbach. V: Viktor Weßner, Schneidenbacher Str. 38.

Totenliste.

Verstorbene Mitglieder des Verbandes im Jahre 1927.

Breslau. Johann Storma, Romstadt (D.S.); Theresia Klamm, Breslau; Ernestine Taster, Breslau.

Josef L. C. Martha Gelling; Frieda Mathies; Otto Jank; Emma Kochan; Martha Polster; August Birlach; Auguste Lehmann; Marie Schulze; Bertha Bliesert; Martha Jähde; Gustav Fischer; Johann Meier; Max Herrmann; Georg Lehmann; Ella Gohrenz; Hermann Ditt; Pauline Böttcher; Alfred Hauße; Paul Hudaus; Max Ralke; Pauline Kahle; Marie Witusch; Ida Möbus; Albert Lung; Ida Nide; Herta Zahn; Marie Kleinert; Paul Vogel; Hedwig Schrefeld; Marie Hogen; Max Gerlach.

Oelsnig/B. Elsa Bag; Reinhold Eisner; Herm. Nürnberger; Christian Böhm; Albin Schübach; Christian Günther.

Spremberg/Lausch. Alfred Mathiasch; Erich Benisch; Christian Lehnic; Frieda Strenge; Erwin Glascher; Eduard Klauke; Otto Herbst; Emilie Weßner; Johannes Japp; Paul Schulz; Emil Mühl.

Ehre ihrem Andenken!

Achtung! Achtung!

Wirkerkongreß

bet.

Hiermit werden alle Ortsverwaltungen der Wirker-, Eriderer- und der Trikotagenindustrie innerhalb unseres Verbandsgebietes aufgefordert, ihre Delegiertenzahl sowie die Zahl derjenigen, die von der Demonstration am gleichen Sonnabend, also am 3. März, nicht wieder abreisen wollen oder können, dem Unterzeichneten bis spätestens 15. Februar schriftlich zu melden. Dabei ist anzugeben: Geschlecht, Alter, Mitgliedschaft sowie die Höhe des zahlenden Beitrags.

Alle diesbezüglichen Zuschriften sind zu richten an Johannes Frank, Thalheim im Erzgebirge, Heinrichstr. 10.

Später eingehende Meldungen können nicht mehr gewissenhaft berücksichtigt werden.

Berlin: Karl Schrader in Berlin, Remeter Str. 89. — Verantwortlicher Redakteur: Hugo Diebig in Berlin. — Druck: Hermanns Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. in Berlin.

Nun ist bekannt, daß Geburtenstörungen, Jangengeburt und Kaiserschnitte überwiegend auf Verengungen der knöchernen Geburtswege zurückzuführen sind. Es darf daher auch für die Textilarbeiterinnen angenommen werden, daß der weit mehr als durchschnittliche Anteil der abnormalen Geburten auf einen nicht ganz über dem Durchschnitt stehenden Anteil an engen Becken beruht. Das wird auch durch Erhebungen der württembergischen Gewerbeaufsicht in 79 Textilbetrieben mit 19 158 weiblichen über 16 Jahre alten Arbeiterinnen bestätigt.

Von den 1026 teils schwangeren, teils innerhalb der letzten beiden Jahre niedergekommenen Personen hatten ausschließlich der Fehlgeburten 8,3 Proz. Frühgeburten und 14 Proz. operative Geburten. Es scheint demnach kein Zweifel zu sein, daß zwischen Berufsarbeit und Beckenbildung ein ursächlicher Zusammenhang besteht. Und zwar in dem Sinne, daß drei Faktoren zusammenwirken: Art des Betriebes, jugendliches Alter, stehende Arbeitsweise.

Nachdem die Häufigkeit des engen Beckens bei den Textilarbeiterinnen festgestellt ist, bleibt zu fragen, ob diese Berufsgruppe mehr als alle anderen Berufs- oder Bevölkerungsgruppen der Krankheit unterliegt, welche besondere und häufige Veranlassung zur Ausbildung des engen Beckens ist: die Rachitis. Um das zu bejahen, fehlt es aber an jeder hinreichenden Begründung. Seitdem vielmehr der Gedanke der körperlichen Erkräftigung in die Schule eingebracht ist und auch von der reiferen Jugend gepflegt wird, muß die Rachitis (genannte englische Krankheit) als ausgesprochene Milieukrankheit entschieden im Rückzuge sein. So, man müßte sogar erwarten, daß schon die gegenwärtige Generation gebärender Frauen aus diesem Grunde eine geringere Zahl enger Becken aufzuweisen hätte. Das ist aber nicht der Fall. Außer den Geburten der untersuchten Textilarbeiterinnen beweisen das Geburtenstatistiken aus Baden, Bayern, Hamburg. Hier ist seit dem Jahre 1871 in steter Folge eine Zunahme der operativen Geburten zu verzeichnen gewesen. In Bayern stieg das Verhältnis von 1878 bis 1906 von 3,51 auf 7,2 Proz., von 1885 bis 1923 von 4,74 auf 8,5 Proz. Vor allem trifft das auf diejenigen Geburten zu, bei welchen der Arzt durch Eingriff das Mißverhältnis zwischen kindlichem Kopf und mütterlichem Becken zu beseitigen hatte. Für diese Zunahme kann nicht nur die Operationslast der Geburtshelfer, auch nicht der etwa unangenehmere und härtere gewordene kindliche Kopf namhaft gemacht werden. Die Abnahme der Geburtenziffer, damit die Verminderung der an Körpermasse stärkeren Dritt- und Viertgeborenen und das dadurch bedingte Übergewicht der schwächeren Erst- und Zweitgeborenen berechtigt eher zur gegenteiligen Annahme. Man darf also die Zunahme der enger Becken und der Operationsgeburten bei den Textilarbeiterinnen nicht auf Rachitis zurückführen, ohne daß die rachitische Grundlage erwiesen wäre. Dagegen liegt in dem Berufsleben der Textilarbeiterinnen bestimmt eine Erklärung für jene Erscheinung. Das Besondere ist der hohe Prozentsatz jüngerer weiblicher Textilarbeiter. 1922 waren 1261 unter 14 Jahren, 42 111 14 bis 16 Jahre, 149 013 16 bis 21 Jahre.

Weiter maßgebend ist die Tatsache, daß die Arbeitsgänge in der Textilindustrie, das Bedienen der Textilmaschinen fortlaufend ein Drehen, Strecken, Zusammenziehen der am Becken anliegenden Oberidenkelmustulatur verlangen. Da dieses Musterspiel in stunden-, tagen-, wochen-, jahrelangen Wiederholungen vor sich geht, kann mit einer gewissen Sicherheit angenommen werden, daß die enger Becken der Textilarbeiterinnen aus der Art ihrer Erwerbsarbeit und dem Alter zu erklären sind, in welchem sie diese ausüben. Um so mehr, als ein irgendwie wesentlicher Schutz der jugendlichen Arbeiterinnen fehlt, trotzdem der Arbeitsmarkt immer mehr weibliche Kräfte benötigt und verbraucht. Der heutige Arbeiterschutz der 14- bis 16-jährigen ist kaum zu untercheiden von dem, welchen das Gesetz vom Jahre 1839 dem Jugendlichen angedeihen ließ. Auch das in Bearbeitung stehende Arbeiterschutzgesetz sieht nicht wesentliche Verbesserungen vor. Die Arbeitsphysiologie kennt ein Gesetz, nach welchem die Zeilabschnitte des größten Wachstums als Schöpfungsgegenüber äußeren Leistungen anzusehen sind. Uglar, ein bekannter Arbeiterwissenschaftler, kennzeichnet das durch folgende Formel:

A-K-E, wobei A die für äußere Arbeitsleistung freibleibende Energiemenge, K die vom Körper erzeugte Energie, E die zur Erhaltung des Lebens notwendige Energie darstellt. Wird A unmäßig in Anspruch genommen, so muß E herabgesetzt sein. Beim wachsenden Menschen wird sich vermindertes Aufwuchswachstum bemerkbar machen. Werden an E große Anforderungen gestellt, beispielsweise während der Zeit lebhaften Wachstums, so muß A herabgesetzt werden, wenn E nicht Schaden leiden soll.

Demnach muß den weiblichen jugendlichen Arbeitern ein erhöhter Schutz zugebilligt werden, um die Gefährdung der körperlichen Entwicklung in der Zeit der Geschlechtsreife zu verhindern. Herabsetzung des Schulalters bis zum 18. Lebensjahre, erhöhter Arbeitsschutz, Verbot der Nachtarbeit, Arbeitsvereinfachungen (Einsparungen, Hebe-, Fahrvorrichtungen usw.), Ruhepausen würden, so meint Dr. Hirsh, jenen Zweck dienen.

Wir sind der Auffassung, daß noch hinzugehört bessere Entlohnung der weiblichen jugendlichen Arbeiter, damit sie sich ordentlich nähren können; dann Auswahl der weiblichen Berufsämter auch nach gesundheitlichen Maßstäben, vorbildliche Aufklärung über zweckmäßiges Kleiden und Leben, namentlich ausreichende, als Ausgleich für Berufsansforderungen berechnete Körperpflege im Unterricht der obligatorisch einzuführenden Berufsschule, damit der weibliche jugendliche Mensch auch durch Stärken persönlicher Kräfte imstande ist, Wirkungen auf seinen Körper abzuwehren. Die sonst dessen Entwicklung frühzeitig hemmen und damit Formen und Fähigkeiten verkümmern lassen.

Berichte aus Nachreisen.

Augsburg. Am 17. Januar 1925 hielt die Filiale Augsburg des Deutschen Textilarbeiterverbandes im Saale des „Wittelsbacher Hofes“ ihre sehr gut besuchte Jahresgeneralversammlung ab. Der Vorsitzende der Geschäftsstelle unterbreitete den Delegierten die zu erledigende Tagesordnung, verwies kurz auf die Wichtigkeit der Tagesordnung, sowie die vom Schriftführer zur Verlesung gekommenen Protokolle, werden ohne Erinnerung angenommen. Der Bericht über die Tätigkeit der Geschäftsstelle im Berichtsjahre, insbesondere Begebenheiten, die sich im Jahre 1924 wieder eine Fülle von Arbeit im Interesse der Arbeiterinnen zugetragen war. 49 Sitzungen und Versammlungen waren notwendig, um das angefallene Arbeitspensum zu bewältigen. Als wesentliches Ereignis gesellschaftlicher Art erwähnte Berichtsführer die Feier des 30-jährigen Bestehens der Filiale,

verbunden mit der Ehrung 25- bis 30-jähriger Verbandsmitglieder im Ludwigshaus vergangenen Jahres. Verlauf und Beteiligung der Mitgliederversammlung an der betreffenden Feier werden mit ein Wort sein in der Geschichte der Augsburger Textilarbeiterchaft. Von den Streitfällen, die beim Gewerbergericht und seit dem Inkrafttreten des Arbeitsgerichts beim Arbeitsgericht zu erledigen waren, sei besonders erwähnt, der Fall Sinnacher mit Betriebsratskolleginnen des Arbeiterrats der Firma Hühlerbach. Nach fast vierzehnmöglicher Dauer und nach langen und schwierigen Auseinandersetzungen und Verhandlungen vor der Berufungsinstanz konnte der Fall mit vollem Erfolge und zugunsten der Kolleginnen entschieden werden, ein schlagender Beweis dafür, was gewerkschaftlicher Zusammenschluß zu leisten imstande ist, ein Beweis aber auch dafür, wie bitter notwendig es für jeden Textilarbeiter ist, sich seiner Berufsorganisation anzuschließen, wenn Unternehmerabsichten vereitelt werden sollen. Die Frauen- und Jugendbewegung werden von dem Berichtsführer kurz gestreift, nähere Berichterstattung über die Jugendbewegung soll dem Jugendleiter vorbehalten bleiben. Ausführlicher Bericht über die Frauenbewegung soll wegen Erkrankung der Vorsitzenden der Frauengruppe in der nächsten Quartalsgeneralversammlung erfolgen. Kollege Hühler kommt auch auf die im März 1927 stattgefundene Lohnbewegung zu sprechen und streift in diesem Zusammenhang die Vorgänge in lohn- und arbeitsrechtlicher Beziehung im ganzen Reich, insbesondere aber auch die Einstellung der Arbeitgeber in den verschiedenen Industriezweigen. In agitatorischer Beziehung wurde alles versucht, die heute der Organisation im Filialbereich noch fernstehenden Arbeitkolleginnen und Kollegen in die Kampffront einzureihen. Kollege Garron als Kassierer erstattete in der gewählten ausführlichen Weise den fälligen Kassenbericht, dem zu entnehmen war, daß auch in finanzieller Beziehung eine erfreuliche Besserung zu verzeichnen ist. Auch in der Mitgliederbewegung ist ein erfreulicher Fortschritt festzustellen. Kollege Wiedemann, als Leiter der Jugendgruppe der Geschäftsstelle, gab anschließend ausführlichen Bericht über die entfaltete Tätigkeit innerhalb der Jugendgruppe. Seinem kurzen Situationsbericht über den Verlauf der Werbeaktion war zu entnehmen, daß durch intensive Tätigkeit der Funktionäre der Geschäftsstelle eine ansehnliche Zahl neuer Kämpfer und Streiter zugeführt werden konnten. Der vom Revisor Kipping beantragten Entlastung des Kassierers und des Vorstandes wurde seitens der Delegierten einstimmig Rechnung getragen. Die eingehende Diskussion über die Berichte war kurz und sachlich, die Tätigkeit der Geschäftsleitung fand allgemeine Anerkennung und Zustimmung. Die notwendig vorzunehmenden Neuwahlen zum Filialvorstand, der Delegierten zum Gewerkschaftsverein und der Revisoren fanden sehr rasch ihre Erledigung.

Mit wenigen Bemerkungen, die darauf zurückzuführen sind, daß einige Kollegen aus Gesundheitsrücksichten abziehen mußten, bekleiden auch im neuen Geschäftsjahr die bereits tätigen Kollegen und Kolleginnen ihre innegehabten Ämter. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde noch im besonderen die Agitation und die in den kommenden Monaten zu erwartenden Auseinandersetzungen mit den südbayerischen Textilunternehmern einer eingehenden Aussprache unterzogen. Um 23 Uhr schloß der Vorsitzende, mit einem kräftigen Appell zu weiterer Mitarbeit im kommenden Geschäftsjahr, die schon verlaufene Jahres-Generalversammlung.

Glauchau. „Wir halten treu und fest zusammen!“ Von einem „wohlgelungenen“ und „harmonischen“ Fabrikvergnügen der Firma Carl Berich im festlich geschmückten Saale des Weßelburger Hofes, Niederlungwitz, weiß die hiesige Ortsante freudigen Herzens zu berichten. — Alle Festteilnehmer wurden auf Kosten der Firma durch den Besitzer Herrn Sch. aufs köstlichste bewirtet. Um 21 Uhr verkündeten Donnerstagabend den Beginn des Festes. Herr Br. hielt eine Begrüßungsansprache und bedankte sich im Auftrage der Beamten- und Arbeiterchaft bei den Herren Chefs für die Veranstaltung. In dieser Form und diesem Ton weiß man noch vieles über das „schöne“ Fest mitzuteilen. Besonders nicht zu vergessen die „erhebende“ Betätigung für diejenigen, die nun bereits einige Jahrzehnte die Ehre hatten, mit ihrer Arbeitskraft den Herren Chefs ein schönes „Ermachen“ zu verdienen. Denn anerkennend muß schon gesagt werden, daß diese Firma es ausgezeichnet versteht, mit der Arbeitskraft ihrer Arbeiter etwas „anzufangen“ und herauszuholen, was nur herausgeholt werden kann. Man braucht daraufhin nur einmal die Arbeitsweise und Arbeitszeit kurz zu betrachten. Nirgends wird wohl der Achtstundentag so verschandelt wie hier. Die Arbeitszeit ist so geregelt, daß Fernstehende nicht klug werden können, wie lange jeder einzelne beschäftigt wird. Durch diese sanftere Arbeitszeitregelung kommt es häufig vor, daß Arbeiter zehn und zwölf Stunden ja sogar noch länger pro Tag beschäftigt werden. Kommt einmal eine Kontrollkommission (was leider sehr selten geschieht), dann wird von der Betriebsleitung eine Liste vorgelegt, auf welcher die Arbeitszeiten der verschiedenen Abteilungen genau registriert sind. Siehe, lieber Leser, die gesetzliche und tarifliche Arbeitszeit stimmt ganz genau. Freilich auf dem Papier! Auch gilt in diesem Betrieb das Motto: „Wer sich nicht fügt, der fliegt.“

Dies ist das gute Einvernehmen zwischen Betriebsleitung und Arbeiterchaft, welches beim letzten „harmonischen“ Fabrikvergnügen so lobend hervorgehoben wird. So ist auch der Wunsch des Direktors der Firma zu verstehen, der in seiner Ansprache das gute Einvernehmen zwischen Firma und Belegschaft sehr schätzte und weiter gepflegt wissen möchte. So lange die Belegschaft derartige Fabrikvergnügen noch über die gewerkschaftliche Organisation stellt, und Verband und Betriebsrat Betriebsrat sein läßt, wird das „gute Einvernehmen“ mit den Herren Chefs natürlich auch noch lange bestehen bleiben. Auf wessen Kosten aber, ist dabei die entscheidende Frage.

Die Belegschaft hat ja die Wahl zwischen einem alljährlichen „harmonischen“ Fabrikvergnügen oder einer geregelten, gesetzlichen Arbeitszeit und anständigen Tariflöhnen, die ihnen nur die freie Gewerkschaft, in diesem Falle der Deutsche Textilarbeiterverband bringen kann.

Kirschau. (Gefangenenaustausch Textilwerte G. D. Engert in Kirschau.)

Eines Bormittags kurz vor Weihnachten 1927 begab sich ein Arbeiter wegen heftiger Schmerzen an beiden erstorenen Ohren zu seinem Abteilungsmeister mit dem Erluchen um Ausstellung eines Passierheines, da er einen Arzt aufsuchen wollte. Der betreffende Meister erklärte jedesmal, er habe keine Zeit. Daraufhin wandte er sich an den Betriebsleiter, der ihn wiederum an den Meister verwies. Auch dieses dritte Erluchen wurde mit dem Bemerkten: „Ich habe jetzt keine Zeit“ abschlägig beschieden.

Der arme Teufel mußte bis Arbeitsanfang in der Fabrik bleiben, da der Wärter auf Grund seiner Anweisungen von der Fabrikleitung ohne Ausweis niemand durch das Fabriktor hinausläßt. Der am Abend des gleichen Tages konsultierte Arzt verordnete neben anderem mehrtägige Arbeitsunfähigkeit.

Dieses Vorkommnis deutet auf Zustände, die nicht anders als standeslos bezeichnet werden müssen. So menschenunwürdig und rücksichtslos sollte keine Firma, die auf ein Wandeltariff von Ansehen Wert legt, ihre Arbeiter behandeln. Schließlich möchte doch ein, wenn auch

keiner Unterschied zwischen einem „freien“ Arbeiter und Strafgefangenen in den Umgangsformen eingehalten werden.

Reichenbach i. Vogtl. Vergangenen Montag waren über 300 Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes der Filiale Reichenbach dem Ruf zur Versammlung im Volkshaus gefolgt, um den zu hören über die Fülle geleisteter Verdienste im Jahre 1924. Kollege Geschäftsführer Müller erstattete den Jahresbericht und Kassenbericht, aus dem wir folgendes wiedergeben:

Die Geschäftsstelle in der Textilindustrie unseres Filialbereiches eine über Erwarten gute. Aus diesem Grunde konnten wir in der Arbeitszeitfrage Verbesserungen schaffen, die sich so auswirkten, daß alles, was über 48 Stunden wöchentlich, 8 Stunden täglich hinaus gearbeitet wird, nun als Ueberstundenarbeit zu betrachten und zu bezahlen ist. konnten neue Lohnsätze abgeschlossen werden, die sächsisch-thüringischen Webern, und zwar das erstmalig 1923 in freier Vereinbarung am 1. September 1927. Desgleichen für die westfälischen Tarife ab 1. Oktober 1927. Durch diese Bewegung ist für alle in der Textilindustrie Beschäftigten eine Erhöhung von insgesamt 22 776 Mk. pro Woche erzielt worden. Darüber hinaus konnten die sonstigen Arbeitsbedingungen in Schaffung neuer, besserer Manteltarife für beide Tarifgebiete geregelt werden.

In der Betriebsrätebewegung konnte festgestellt werden, daß immer mehr die Notwendigkeit für das Vorhandensein gesetzlicher Betriebsräte von den Belegschaften erkannt wurde. dem Gebiete des Reichstages für unsere Mitglieder, bei gesetzlichen und Arbeitsstreitigkeiten sind über 3000 Mk. den beteiligten Kollegen und Kolleginnen zugute gekommen. Daneben mußte mindestens noch ebenso hoher Beitrag durch die Mitglieder der Organisation durch die Arbeitgeber zur Auszahlung kommen. Die Summe konnte deshalb nicht so ermittelt und festgehalten werden, da Beträge ohne gerichtliche Hilfe zur Auszahlung kamen.

Die strikte Lohnsteuerzahlung für Altbewerber, beantragt vom Deutschen Textilarbeiterverband, Filiale Reichenbach, Reichsfinanzministerium, brachte auch unserer Mitgliedschaft in Webern erhebliche Lohnsteuererstattungen.

Der Frauen- und Jugendbewegung innerhalb unseres Verbandes wurde erhöhte Interesse zugewendet. 20 000 Flugblätter haben wir an Unorganisierte verteilt.

Im Berichtsjahr fanden 323 Sitzungen und Versammlungen statt. 2825 verschiedene Postausgänge wurden getätigt. Die Schulung Angestellten und Funktionäre durch Abhaltung von Kursen mußte durch das Inkrafttreten des neuen Arbeitsgerichtsgesetzes notwendig. Der Verbandstag in Hamburg wurde durch einen Delegierten, die Gaukonferenzen in Dresden und Bera durch je einen Delegierte besichtigt. Neben dieser ersten Verbandsarbeit pflegten wir auch die Geselligkeit. Es wurden veranstaltet: eine Jubelfeier, in der wir 70 Verbandsmitglieder ehrten, die über 25 Jahre Mitglied waren, und ein Ferienausflug nach Eilenberg. Am 1. November nahm die Filiale durch Stellung eines Festworts aktiven Anteil.

Durch Haus- und Betriebsagitation haben wir unseren Mitgliedern nicht nur gehalten, sondern wesentlich erhöht. Erhöht, nicht aufgehoben wurde unsere Bewegung vor allem durch gelbe Stumpfschnitzerei der paterländischen Arbeitervereine der Firma Bernhard Dietel, H. Hempel, G. Schieber und A. Dreiner und benachteiligten Textilarbeiterchaft. Das Auftreten dieser Schlinge gerichtet nur zum Schaden der gesamten Textilarbeiterchaft. Wir erwarten, daß die Einsicht bei diesen Misorganisierungen Nutzen der Organisation recht bald kommt.

Unsere Mitgliedschaft setzt sich fast zu gleichen Teilen aus Alt- und Zeilohnarbeitern zusammen.

Der Kassenbericht ergab ein merkwürdiges Bild des Vorwärtens. Sowohl der Wartenverfall wie auch der Durchschnittswert der wöchentlichen Beitragserlöse hat sich wesentlich gebessert. Für Kranke und Arbeitslose zahlten wir Zuschuß in Höhe von 7400 Mk., an Unterstützungen in Sterbefällen 450 Mk., an Unterstiftung 250 Mk. Den Bericht der Kassieren erstattete Kollege Arnold. Die in der darauffolgenden Aussprache geäußerten Kritik Ausführungen wurden durch den mitanwesenden Kollegen K. Stübner, Dresden, und Kollegen Müller beantwortet und richtig gestellt. Dem Kassierer wurde darauf einstimmig Entlastung erteilt. Die Wahlen zum Vorstand für das Geschäftsjahr 1928 ergab Wahl der auf dem Boden der Amsterdamer Internationale stehenden Mitglieder. Die Liste der Opposition unterlag.

Kollege Müller forderte noch zur Teilnahme an der Besichtigung der neuen Weßelbau am 14. und 16. März 1928 auf, worauf Zeichnungen im Textilarbeiterbureau erfolgen können. Weiter zur Teilnahme an der Demonstration des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Hofheim am 3. und 4. März 1928 im Textilarbeiterbureau eingeleitet werden.

Kollege Gantnerbach-Reichenbach wies noch darauf hin, daß Bestimmungen im neuen Manteltarif für die sächsisch-thüringischen Webern von den in Frage kommenden Kollegen und Kolleginnen strikt eingehalten werden müssen.

Am Donnerstag, dem 26. Januar, abends 1/8 Uhr, hatte sich eine Betriebsräte- und Vertrauensleuteversammlung im Volkshaus, besonders mit den neuen Manteltariffbestimmungen beschäftigt. Gedruckt Manteltarifbestimmungen werden wir sofort nach Eingang derselben an die beteiligten Mitglieder zur Verteilung gelangen lassen.

Das Ziel im neuen Jahr muß sein: Geordnete Beitragsleistung der vorhandenen Mitglieder und Werbung neuer Mitglieder. Die erhöhte Zahl an Mitarbeitern muß es gelingen, die Organisation in bezug auf die Finanzen und die Mitgliederzahl so zu stärken, daß sie einen Nachfaktor darstellt, der im Wirtschaftskampf des Jahres für die organisierte Textilarbeiterchaft schaffen kann.

Schreihelm. Am Sonntag, dem 22. Januar, hielt die Ortsgruppe Schreihelm des Deutschen Textilarbeiterverbandes im Verbandslokal „Schwarzer Adler“ ihre gut besuchte Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Burthart, begrüßte die Anwesenden aufs herzlichste und gedachte des in diesem Quartal durch Unglücksfälle so aus dem Leben geschiedenen Kollegen Renner. Nach Verlesung Protokolls und Erstattung des Kassenberichts erteilte der Vorsitzende dem Kollegen Franz Wiedemann aus Augsburg das Wort, der einem über eine Stunde dauernden Referat über „Die Gewerkschaftsbewegung vor und nach dem Kriege“ sprach und für seine Ausführungen reichlichen Beifall erntete. Der Vorsitzende schloß sich Ausführungen des Referenten an und schilderte seine Erlebnisse während in einem Textilbetrieb in Augsburg vor 42 Jahren, wo noch keine Organisation gab.

Bei dem Punkt „Neuwahl“ wurde der alte Vorstand wieder gewählt. Nachdem der Vorsitzende, Kollege Burthart, noch ein Appell an die Versammlung richtete, auch in diesem Jahre treu der Organisation zu halten, dankte er dem Referenten für seine Ausführungen, sowie auch den Kollegen und Kolleginnen für den Beifall und schloß die Versammlung.